

Einkäufe sollen Geflüchtete künftig nicht mehr mit Bargeld tätigen, sondern dafür die neue Bezahlkarte verwenden. Das stößt auf Kritik.

Der Lüneburger Stadtrat mit Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch übt Kritik an dem Zahlungsmittel für Geflüchtete

Von Thomas Mitzlaff

Der Lüneburger Stadtrat mit Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch (Grüne) an der Spitze kritisiert die Bezahlkarte für Geflüchtete als „diskriminierend“ und beklagt einen Verstoß gegen die Menschenwürde. So steht es in einer Resolution der Linken, für die es auf der jüngsten Sitzung des Stadtrates etwas überraschend eine Mehrheit gab. Die hiesigen Lokalpolitiker fordern Nachbesserungen durch die rot-grüne Landesregierung, die für die Ausgestaltung der Karte verantwortlich ist.

Hintergrund der Kritik: Wer als Geflüchteter in Deutschland Schutz sucht und sich seinen Lebensunterhalt nicht selbst sichern kann, hat Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz. Das kann in Form von Sachleistungen, Bargeld oder Wertgutscheinen geschehen. Bundestag und Bundesrat entschieden sich noch für eine weitere Möglichkeit: die Bezahlkarte. Auf sie kann die Geldsumme, die Geflüchteten nach dem Gesetz zusteht, als Guthaben gebucht werden. Der Vorteil von Bezahlkarten ist nach Einschätzung der Bundesregierung, dass die dort zur Verfügung gestellte Summe nur im Inland für das Leben der Geflüchteten etwa in Geschäften für Dinge des persönlichen Bedarfs ausgegeben werden kann. Gelder für Schlepper oder für Überweisungen in das Herkunftsland zu nutzen, ist so nicht möglich.

Das Land Niedersachsen hat wie auch andere Bundesländer beschlossen, dazu eine monatliche Bargeld-Abhebung von 50 Euro von der Bezahlkarte zu ermöglichen. Das kritisiert die Linke in der Resolution als „institutionalisierte Diskriminierung gegen Menschen, die am Existenzminimum leben“ — und der Lüneburger Stadtrat sieht das offenbar genauso. Dabei hatten lediglich 13 Ratsfrauen und -herren mit Ja und elf dagegen gestimmt. Weil es aber auch gleich zehn Enthaltungen gab, kam es zum Abnicken der markigen Wortwahl.

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch begründete, warum sie ebenfalls mit Ja stimmte: Zwar sei sie grundsätzlich für die Einführung der Bezahlkarte, weil sie Verwaltungsabläufe deutlich vereinfache „und das ist endlich ein Schritt zur Entbürokratisierung“. Aber eine „restriktive Bezahlkarte lehne ich ab, denn sie ist in dieser Form kein Steuerungsinstrument, sondern sorgt für einen blühenden Schwarzmarkt“. Das zeige sich bereits in Bayern. So würde man Geflüchtete kriminalisieren, beklagte Kalisch.

Und Marianne Esders (Linke) ergänzte: Die Karte in dieser Form sei ein „menschenverachtendes Kontrollinstrument“. Da mochte der Rest der Ratsmitglieder nichts zu erwidern, die Resolution ging durch. Jetzt wird sich laut Antrag die Oberbürgermeisterin auf Landesebene dafür einsetzen, „dass die Hansestadt Lüneburg und weitere Kommunen in Niedersachsen die Möglichkeit erhalten, die Bezahlkarte in einer nicht-restriktiven und nicht-diskriminierenden Form nach dem Vorbild der Social Card in Hannover umzusetzen.“

<https://www.landeszeitung.de/lokales/lueneburg-lk/lueneburg/lueneburger-stadtrat-kritisiert-bezahlkarte-fuer-gefluechtete-als-diskriminierend-U63YTXVPLFFQHFOJXA5HBBWGQU.html>